

An den
Landkreis Verden
- Jugend und Familie -
Lindhooper Straße 67
27283 Verden (Aller)

Eingangsvermerk
Aktenzeichen 51 35

Antrag auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII)

Übernahme der Kindertagesstättengebühren für den

<input type="checkbox"/> Krippenplatz <input type="checkbox"/> Kindergarten (Betreuung über 8 Stunden) <input type="checkbox"/> Hortplatz	<input type="checkbox"/> Erstantrag <input type="checkbox"/> Folgeantrag zum Aktenzeichen _____	
In der Kindertagesstätte (Name, Anschrift)		
vom (Datum)	bis (Datum)	In Höhe von monatlich

Die Hilfe wird beantragt für das Kind/die Kinder

Name, Vorname	Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w <input type="checkbox"/> d	Geburtsdatum
Anschrift		
Name, Vorname	Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w <input type="checkbox"/> d	Geburtsdatum
Anschrift		

Antragstellerin/Antragsteller/Elternteil

Name, Vorname	Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w <input type="checkbox"/> d	Geburtsdatum
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> getrennt lebend seit		
Anschrift		
Telefon	E-Mail	

Anderer leiblicher Elternteil

Name, Vorname	Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w <input type="checkbox"/> d	Geburtsdatum
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> getrennt lebend seit		
Anschrift		
Telefon	E-Mail	

- Wir üben das Sorgerecht gemeinsam aus.
 Das Personensorgerecht übt allein

 die Antragstellerin/der Antragsteller
 der andere Elternteil

aus.

Ich bestätige/Wir bestätigen mit der Unterschrift ausdrücklich, dass die Angaben vollständig und richtig sind, ich/wir vom Informationsblatt Kenntnis genommen habe/haben und mir/uns bekannt ist, dass alle Änderungen der Angaben – insbesondere zu den Einkommensverhältnissen – sofort dem Fachdienst Jugend und Familie zu diesem Hilfeantrag mitzuteilen sind. Ich weiß/Wir wissen, dass zu Unrecht erbrachte Hilfeleistungen von mir/uns erstattet werden müssen. Ich bevollmächtige/Wir bevollmächtigen den Landkreis Verden, Fachdienst Jugend und Familie, Auskünfte über die Angelegenheiten einzuholen und zu erteilen, die zur Entscheidung über diesen Antrag notwendig sind, wie z. B. SGB-II-Bescheide oder Wohngeldbescheide.

Ort, Datum _____

Unterschrift der Antragstellerin/
des Antragstellers _____

Unterschrift des anderen Elternteils _____

Informationen zur Übernahme der Kindertagesstättegebühren

Die Anmeldung für den Besuch der Kindertagesstätte erfolgt direkt bei dem Träger der Kindertagesstätte (z. B. bei der Stadt, der Gemeinde, dem Kirchenamt, ...). Von dort erhalten Sie nach der Aufnahme Ihres Kindes in die Kindertagesstätte einen Gebührenbescheid. Sollten Sie die Gebühren nicht selber aufbringen können, können Sie bei dem Fachdienst Jugend und Familie Jugendhilfe in Form einer Übernahme der Kindertagesstättegebühren (Krippengebühren, Kindergartengebühren bei einer Betreuung über 8 Stunden am Tag, Hortgebühren) beantragen. Dabei ist Folgendes zu beachten:

Wie kann ich einen Antrag auf Gebührenübernahme stellen?

Für die Antragsstellung ist ein gesonderter Antrag (siehe Rückseite) zu stellen. Der Antrag muss vollständig ausgefüllt und unterschrieben im Original beim Landkreis Verden, Fachdienst Jugend und Familie eingereicht werden.



Was ist bei einem Antrag auf Übernahme der Kindertagesstättegebühren zu beachten?

Antragsberechtigt ist die/der Personensorgeberechtigte/n, das sind in der Regel die Eltern. Dem Antragsvordruck ist der Bescheid über die Gebühren der Kindertagesstätte und das Formular mit der Selbstausskunft über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse beizufügen. Das in der Selbstausskunft angegebene Einkommen ist nachzuweisen.



Welche Einkommensnachweise muss ich vorlegen?

Wenn Sie Wohngeld, Kinderzuschlag, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Leistungen nach dem 2. Sozialgesetzbuch oder 12. Sozialgesetzbuch erhalten müssen Sie die Bescheide für den beantragten Zeitraum der Gebührenübernahme vorlegen.

Sollten Sie keine der genannten Leistungen beziehen, erfolgt eine Einkommensberechnung. Maßgeblich ist grundsätzlich das durchschnittliche Einkommen der letzten 12 Monate zum Zeitpunkt der Antragsstellung. Insbesondere das Nettoeinkommen aus nichtselbstständiger Tätigkeit, Renten, Elterngeld, Kindergeld, Unterhalt, Unterhaltsvorschussleistungen, Arbeitslosengeld I, Krankengeld und sonstige Einkünfte sind nachzuweisen.

Sollten Sie Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit erzielen (z. B. aus einem Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, etc.) sind geeignete Einkommensnachweise wie Gewinn- und Verlustrechnungen, Einnahme- Überschussrechnungen, betriebswirtschaftliche Auswertungen und Einkommensteuerbescheide vorzulegen.

Einkommensmindernd können bestimmte Belastungen wie beispielweise angemessene private Renten-, Unfall-, Hausrat- und Haftpflichtversicherungen, aber auch Beiträge zu Berufsverbänden und Arbeitskosten berücksichtigt werden. Bitte reichen Sie dazu aktuelle Nachweise ein.



Werden die Gebühren übernommen?

Nach Abzug der zu berücksichtigenden Belastungen wird das Nettoeinkommen festgestellt, dem eine Einkommensgrenze gegenübergestellt wird:

Liegt das Einkommen oberhalb der Einkommensgrenze und die Gebühren können vom übersteigenden Einkommen gedeckt werden, wird der Antrag abgelehnt.

Liegt das Einkommen unterhalb der Einkommensgrenze, wird die Gebührenübernahme bewilligt. Dabei ist zu beachten, dass die Gebühren nur bis zur Höhe der untersten Stufe der Sozialstaffel der Wohnortgemeinde berücksichtigt und übernommen werden können. Bewilligt wird in der Regel bis zum Ende des laufenden Kindergartenjahres (31.07.). Sie erhalten einen schriftlichen Bescheid.

Die Kosten für die Verpflegung können nicht übernommen werden. Bitte informieren Sie sich bei dem Fachdienst Arbeit, Abteilung Bildungspaket über Bezuschussungsmöglichkeiten.



Die Hilfe des Fachdienstes Jugend und Familie ist zweckgebunden für den Besuch der Kindertagesstätte des Kindes bestimmt. Die bewilligte Hilfe wird unmittelbar an den Träger der Kindertagesstätte überwiesen. Veränderungen des Einkommens, der Gebühr oder persönliche Veränderungen (z. B. Umzug) sind unverzüglich mitzuteilen.

Selbstauskunft zu meinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen

Hinweis: Um sachgerecht über Ihren Antrag entscheiden zu können, werden Informationen und Unterlagen benötigt. Sie werden deshalb gebeten, die Selbstauskunft wahrheitsgemäß und vollständig auszufüllen. Die Richtigkeit der Angaben ist durch Unterschrift auf der letzten Seite zu bestätigen. Ihre Mitwirkungspflicht ergibt sich aus § 60 Abs. 1 SGB I.

- Ich erhalte Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, Asylbewerberleistungen oder Wohngeld (aktueller Bescheid ist beizufügen)
- Ich erhalte einen Kinderzuschlag nach § 6a Bundeskindergeldgesetz (aktueller Bescheid ist beizufügen)
- Ich bin Pflegemutter/Pflegevater des Kindes, für das die Hilfe beantragt wird.

Auf die weiteren Angaben kann verzichtet werden, wenn Sie einen der o. g. Punkte ankreuzen und dies mit Ihrer Unterschrift auf der letzten Seite bestätigen.

1a In meinem Haushalt befinden sich folgende Personen *(dazu gehören auch Lebensgefährten)*

Name, Vorname	Geburtsdatum	Familienstand	Stellung zur Antragstellerin/Antragsteller	beschäftigt bei (Name, Anschrift)
1.				
2.				
3.				
4.				
5.				
6.				
7.				

Wohnt Ihre Familie mietfrei bei Bekannten oder Verwandten? Ja Nein

1b Ist ein Haushaltsangehöriger weiteren Personen außerhalb des Haushalts zum Unterhalt verpflichtet?

Zum Unterhalt verpflichtet ist

Zu unterstützende Personen:

Name, Vorname	Geburtsdatum	Anschrift	Verwandtschaftsverhältnis	mtl. Zahlung
				€
				€

2. Angaben zu den Einkommens- und Vermögensverhältnissen

bitte wenden

2a Monatliche Einkünfte der unterhaltspflichtigen Eltern:

Bitte Nichtzutreffendes streichen und alle Angaben in geeigneter Form nachweisen!	Antragsteller/in		<input type="checkbox"/> Ehepartner <input type="checkbox"/> Lebensgefährte/in	
	Berufsbezeichnung:	Berufsbezeichnung:		
	Name und Anschrift der Arbeitgeberin/ des Arbeitgebers:	Name und Anschrift der Arbeitgeberin/ des Arbeitgebers:		
	Nettoeinkommen	€	Nettoeinkommen	€
Bitte legen Sie die letzten zwölf Nettoverdienstabrechnungen vor.				
Einkommen aus selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft		€		€
Leistungen der Agentur für Arbeit Arbeitslosengeld oder SGB II-Leistungen Az.: <input type="text"/>		€		€
Kindergeld		€		€
Unterhalt	Anspruch	€	Anspruch	€
	Tatsächl. Zahlung	€	Tatsächl. Zahlung	€
Unterhaltsvorschuss Az.: <input type="text"/>		€		€
Renten, Waisenrenten, Pensionen o. Ä., einschl. evtl. Zuschüsse etc.		€		€
Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung		€		€
Einkünfte aus Vermögen Zinsen, Dividende etc.		€		€
Übergangs-/Eingliederungsgeld		€		€
Krankengeld		€		€
Leistungen nach dem BAföG, AFG etc. Az.: <input type="text"/>		€		€
Sonstige Einkünfte		€		€

Bitte Nachweise beifügen !

Hinweis:

Sollten Sie sich in der Privatinsolvenz befinden, teilen Sie dies bitte mit und reichen entsprechende Nachweise ein.

2b Monatliche Ausgaben:

Versicherungen und Beiträge zu Berufsverbänden					
<u>Bitte Nichtzutreffendes streichen und alle Angaben in geeigneter Form nachweisen!</u>	Beitrag	Zahlungsweise			
		monatlich	vierteljährlich	halbjährlich	jährlich
Beiträge zu Berufsverbänden	€	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Privathaftpflichtversicherung	€	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hausratversicherung	€	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Riester-Rente/ Rentenversicherung	€	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unfallversicherung	€	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(Kapital-) Lebensversicherung	€	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei Selbständigen und Beamten					
Kranken- und Pflegeversicherung	€	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bitte Nachweise beifügen !

3 Besondere Belastungen:

Notwendige Fahrtkosten zum Arbeitsplatz und Kosten für Arbeitsmittel		
<u>Bitte Nichtzutreffendes streichen und alle Angaben in geeigneter Form nachweisen!</u>	Antragstellerin/Antragsteller	<input type="checkbox"/> Ehepartner <input type="checkbox"/> Lebensgefährtin/in
	Arbeitgeberin/Arbeitgeber	
Arbeitsort		
Öffentliche Verkehrsmittel	Bitte Kopie der Fahrkarte beifügen. €	Bitte Kopie der Fahrkarte beifügen. €
Eigener PKW	einfache Entfernung Wohnort-Arbeitsort km Angabe der Arbeitstage pro Woche: Tage	einfache Entfernung Wohnort-Arbeitsort km Angabe der Arbeitstage pro Woche: Tage
Kosten für Arbeitsmittel	€	€

Besondere Belastungen Art und mtl. Höhe:	€	€
---	---	---

Erklärung der Antragstellerin/des Antragstellers:

Ich versichere, dass ich die vorstehenden Angaben wahr und vollständig angegeben habe. Ich weiß, dass ich wegen falscher oder unvollständiger Angaben strafrechtlich verfolgt werden kann (§ 263 Strafgesetzbuch – Betrug) und zu Unrecht geleistete Hilfe zurückzahlen muss. Mir ist bekannt, dass ich jede Änderung der Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie Wohnsitzwechsel unverzüglich und unaufgefordert dem Fachdienst Jugend und Familie mitzuteilen habe. Dies gilt auch, wenn das Kind/ die Kinder die Kindertagesstätte nicht mehr besucht/besuchen oder wenn sich die Betreuungszeiten ändern. Über meine Mitteilungspflicht und die Folgen der fehlenden Mitwirkung bin ich unterrichtet. (§ 97 a SGB VIII).

Einverständniserklärung/Information zum Datenschutz:

Ich bin damit einverstanden, dass die notwendigen personenbezogenen Daten bei den für mich zuständigen Stellen wie z. B. Fachdienst Soziales, Jobcenter, Agentur für Arbeit, Einwohnermeldeamt eingeholt werden.

Die mit diesem Vordruck erbetenen Angaben sind aufgrund einer Rechtsvorschrift zu erheben. Mir ist bekannt, dass die zum Zwecke der Antragsbearbeitung erhobenen Daten elektronisch gespeichert werden. Ihre Verarbeitung ist zulässig (§§ 61 – 68 SGB VIII).

Aufgrund rechtlicher Vorgaben ist der Antrag in Schriftform im Original (Original oder Telefax) beim Landkreis Verden einzureichen.

Ort, Datum

Unterschrift Antragstellerin/Antragsteller